

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.  
 Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M.  
 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
 50 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.  
 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.  
 Redaktionsschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.  
 Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

### Wer Tarifrecht, Sozialversicherung will, muß starke Gewerkschaften wollen!

#### Kapitalistendämmerung.

##### Zu den sozialdemokratischen Anträgen zum Umbau der Wirtschaft.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist reif für die Umgestaltung in sozialistischem Sinne. Diese Umgestaltung muß mit möglichster Beschleunigung erfolgen, sollen nicht die Länder, die sich bisher mit Stolz als kultivierte Länder bezeichneten, in ein Chaos stürzen, aus dem es für Kultur und wahres Menschentum erst nach unsäglichen Leiden eine Auf-erstehung geben kann. Eine Wirtschaftsordnung, die über 30 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit ohne Brot läßt, ein Wirtschaftssystem, das nicht mehr imstande ist, seinen Arbeitssklaven auch nur die allerbescheidenste Existenz zu garantieren, hat jede Menschheitsberechtigung verwirkt. Es muß durch ein anderes ersetzt werden, das den Zweck der Wirtschaft, die möglichst sichere und möglichst reichhaltige Versorgung der Menschheit mit allem, was zu einem menschenwürdigen Dasein gehört, erfüllen kann. An die Stelle der rein kapitalistischen Profitwirtschaft muß die sozialistische Wirtschaft, die auf Bedarfsdeckung eingerichtet ist, treten. Diesen Sinn haben schließlich auch die Anträge, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem neuen Reichstage vorlegen will. Die Hauptpunkte dieser Anträge seien noch einmal kurz wiederholt, weil sie so ungeheuer wichtig für die deutsche Arbeiterschaft sind:

- Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (Bergbau, Eisen, Großchemie, Zement).
  - Verstaatlichung der Großbanken. Aufsichtsamt über das gesamte Bankwesen.
  - Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten von Landarbeitergenossenschaften und bäuerlichen Siedlern.
  - Errichtung und Ausbau von Staatsmonopolen.
  - Errichtung eines Kartell- und Monopolamtes.
  - Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle.
- Gelingt es, diese Anträge, die von echt sozialistischem und gewerkschaftlichem Geiste erfüllt sind, in die Wirklichkeit umzusetzen, dann wäre damit ein großes, vielleicht das wichtigste Stück aus der Zwingburg der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung herausgebrochen. Die Grundlagen des Privatkapitalismus wären derart erschüttert, daß es nur eine Frage der Zeit sein könnte, bis auch die anderen alten sozialistischen auf die Gemeinwirtschaft hinzielenden Forderungen verwirklicht wären. Eine Mehrheit für die sozialdemokratischen Anträge müßte im neuen Reichstage ohne weiteres vorhanden sein, wenn die Demagogie bei den Radikalen von rechts und links nicht so groß und skrupellos wäre. Die Nationalsozialisten, die so oft von ihrem antikapitalistischen Geiste und von dem durch das deutsche Volk gehenden tiefen antikapitalistischen Sehnen geredet haben, die

Kommunisten, die keinen Tag vorübergehen lassen, ohne sich als die (einzigen!) Todfeinde des Kapitalismus zu bezeichnen, müßten mit Freuden den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen, wenn sie zu den Worten ständen, die sie so oft vor den Reichstagswahlen gebraucht haben. Aber da liegt die Schwierigkeit. Die Nationalsozialisten, die unter sich ihre wahre Natur als Soldknechte und Schutzgarde des Kapitals sardonisch lächelnd zugeben, denen der falsche Sozialismus nur ein Aushängeschild war, um leichtgläubige Arbeiter zu fangen, werden lieber ihr fadenscheiniges sozialistisches Mäntelchen ganz von sich werfen, als sich durch die Zustimmung zu den sozialdemokratischen Anträgen die immer noch unerhört reichlich fließenden Geldquellen aus dem Lager der Monarchisten und Unternehmerreaktion zu verstopfen. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und ein Reventlow, der bisher als einziger Nationalsozialist sich zustimmend zu den Anträgen der SPD-Fraktion äußerte, spielt keine Rolle gegenüber den 229 anderen. Und die „einzigen Todfeinde“ des Kapitals, die Kommunisten, wissen jetzt im Augenblick der höchsten Gefahr für die Arbeiterschaft nichts Besseres zu tun, als das, was sie schon jahrelang taten, gegen die Gewerkschaften und ihre Führer und gegen die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu hetzen und die neuen Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als „schamloses Befrugsmannöver“ hinzustellen. Also wird es wieder die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft allein sein, die den Kampf gegen das drohende Wirtschaftschaoß und für eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft zu führen hat. Aber wie dem auch sein mag, jetzt wird es sich zeigen, wo die wahren Sozialisten sitzen, und die Beratungen und Abstimmungen über diese Anträge können nicht ohne Einfluß auf die Wählerchaft sein, die nun klar erkennen wird, welche Parteien das gegenwärtige Elend verewigen wollen, und daß nur von der SPD. wahrhaft sozialistische Ziele verfolgt werden.

Eins ist aber sicher, ganz gleich, ob über diese sozialdemokratischen Anträge beraten wird oder nicht — man munkelt doch schon wieder von einer neuen Reichstagsauflösung — eine Rückkehr zu den alten Zuständen in Wirtschaft und Staat gibt es nach solchen Erschütterungen nicht mehr. Die Entwicklung drängt zum Sozialismus. Hemmungen auf diesem Wege kann es geben, aber kein endgültiges Aufhalten. Die Kapitalistendämmerung ist angebrochen, und die freien Gewerkschaften sind die Wegbereiter der neuen Ordnung, die den hungernden, verzweifelnden Millionen Freiheit, Arbeit und Brot geben werden!

Die Arbeiterschaft ist nicht schuld an diesen unheilvollen Zuständen. Aber sie hat auch nicht den geringsten Grund, den vor Schadenfreude lachenden Dritten zu spielen. Denn um ihr Schicksal geht es am allermeisten in den nächsten Tagen und Wochen. Es gibt nicht eine der vielen unter unsäglichen Kämpfen errungenen sozialen Einrichtungen, die nicht durch dieses politische Chaos und durch das wirtschaftliche Elend aufs schwerste bedroht wäre, und schließlich, es geht um Leib und Leben der organisierten Arbeiter selbst. Die größte Gefahr bleibt der Faschismus in jeder Gestalt. Wie Hitler sich seine Herrschaft denkt, haben er und seine Paladine oft genug dokumentiert: „In meinem Reiche“ — um ein Wort des Großen Friedrich zu variieren, den die Naziführer bekanntlich den ersten Nationalsozialisten nennen — „in meinem Reiche kann jeder nach meiner Fasson selig werden.“ Die Ruhe, die der Faschismus Deutschland bringen würde, wäre die Ruhe des Kirchhofs: „Nur tote Marzisten sind gute Marzisten!“ Wie sich die Dinge auch gestalten mögen, die organisierte Arbeiterschaft muß härter denn je auf der Wacht sein! Es geht um ihr Sein oder Nichtsein!

#### Aufsichtsräte - aber keine Aufsicht.

Daß die Institution der Aufsichtsräte bei den Aktiengesellschaften nicht dem entspricht, was man sich allgemein darunter vorstellt, ist eine nicht erst in letzter Zeit gewonnene Erkenntnis. Die großen Wirtschaftskandale bei dem Frankfurter Versicherungskonzern, bei Nordwolle und bei vielen anderen wären nicht so in die Breite gewachsen, wenn sich die Aufsichtsräte um die Kontrolle der betreffenden Unternehmungen gekümmert hätten. In Nr. 33 nimmt auch die „Neue Börse-Zeitung“ zu dieser Frage Stellung und schreibt dazu u. a.:

„Immer, wenn Nachteiliges über ein Unternehmen verlautet, stellt sich heraus, daß der Aufsichtsrat entweder ja und amen zu der Tätigkeit des Vorstandes sagte oder überhaupt nichts wußte. Bestenfalls hat er einige oberflächliche Verwarnungen erteilt, ohne zu prüfen, ob sich der Vorstand danach gerichtet hat. So war es z. B. bei der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke-AG. Man darf wohl behaupten, daß die Gesellschaft nicht schlechter dagestanden hätte, wenn sie ohne Aufsichtsrat geblieben wäre. Ähnliches kann von der Mechanischen Weberei Linden gesagt werden. Es ist geradezu unglücklich, wie ungeheuerlich bei diesem Unternehmen gesündigt wurde. Hier hat der Aufsichtsrat einfach kritiklos mitgemacht, was der Generaldirektor unternahm. Ein gut rentierendes Unternehmen wurde durch eine unzeitgemäße Expansion vollständig ruiniert. Der Aufsichtsrat fand alles wunderschön und verschaffte der Gesellschaft sogar noch die Millionenkredite, an denen sie jetzt zugrunde ging. Ja, er bewilligte sogar dem tüchtigen Generaldirektor ein Jahreseinkommen, daß den Zinsen eines mehrfachen Millionenvermögens entsprach. Ohne jeden Wert war auch die Tätigkeit des Aufsichtsrates bei der Karstadt-Gesellschaft. Man muß sich wirklich fragen, wie ein Aufsichtsrat eine solche Mißwirtschaft, wie sie gerade bei dieser Gesellschaft zutage getreten ist, jahrelang zulassen konnte. Nicht weniger als 35 Millionen Mark beträgt der Jahresverlust . . .“

Diese wenigen Beispiele und ihre entsprechende Kritik zeigen einen der schlimmsten Abstände in der kapitalistischen Wirtschaft auf.

#### Politisches Durcheinander.

Die politische Lage in Deutschland ist zur Zeit so verworren wie irgend möglich. Es scheint fast so, als ob das gequälte deutsche Volk noch immer nicht genug des Leidens erfahren hätte. Niemand weiß, was die innenpolitische Entwicklung der nächsten Tage bringen wird. Diese Ungewißheit lähmt aber wiederum jede wirtschaftliche Initiative und führt zu immer stärkerer Wirtschaftsschrumpfung und zu immer weiter um sich greifender Arbeitslosigkeit. Diese bringt aber wieder mehr Hunger und Elend mit sich und radikalisiert so immer größere Massen des deutschen Volkes; dadurch wachsen wiederum die innenpolitischen Schwierigkeiten. Es ist ein unheilvolles Perpetuum mobile, das sich dem Beobachter Deutschlands in furchtbarer Wirklichkeit darbietet.

Wie die Regierung der nationalen Konzentration mit all diesen ungeheuren Schwierigkeiten fertig werden wird, ist vorläufig noch ihr Geheimnis. Es wäre überhaupt zu fragen, was sich noch hinter ihr konzentriert, nachdem sie nun in der wütendsten Weise von den aufbauwilligen nationalen Kräften bekämpft wird, denen die Regierung Papen so viele Morgengaben entgegengebracht hat. Es ist jetzt, besonders nach den Todesurteilen gegen die fünf SA.-Männer in Bentzen, kaum noch denkbar, daß die Nationalsozialisten die Regierung von Papen tolerieren können. Damit ist der Reichsregierung aber jede parlamentarische Mehrheit genommen, denn auch die

sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht zu der Regierung in schärfster Opposition, ebenso die Kommunisten. Selbst eine Tolerierung durch das Zentrum würde jetzt nichts mehr nützen. Es ist ein grauenerregendes Bild der politischen Entwicklung, daß die Regierung, die sich so stolz als Regierung der nationalen Konzentration bezeichnete, nun faktisch nur noch die Deutschnationalen hinter sich stehen hat. Aber heißt es nicht: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“?

Nun raunt man von einer neuen Reichstagsauflösung. Der Zweck einer solchen ist kaum einzusehen. Es ist nicht anzunehmen, daß Neuwahlen ein wesentlich anderes Bild ergeben würden als die Wahlen am 31. Juli. Und was kommt dann? Offene Diktatur? Oder ein Regieren ganz ohne Parlament? Beides wäre nur möglich, wenn sich die Regierung kaltblütig über die Reichsverfassung hinwegsetzen würde. Aber der Reichspräsident und mit ihm alle Mitglieder der Reichsregierung haben doch die Verfassung beschworen? Wahrhaftig, die Regierung von Papen ist nicht um ihre gegenwärtige Situation zu beneiden. Aber wie das so ist, die Geister, die sie rief, die wird sie nun nicht wieder los. Die „bewußt neue Staatsführung“ hat bisher nichts als Unheil über Deutschland gebracht. Da ist nicht eine Schicht im deutschen Volke, die zufrieden mit ihr wäre.

#### Etwa 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Die amtliche Statistik gibt die Zahl der von den Arbeitsämtern kontrollierten Arbeitslosen für Mitte August mit 5 383 000 an. Das ist gegen Ende Juli ein Rückgang um etwa 10 000.

Diese Zahl von 5 383 000 hat für die Verteilung der wirklichen Arbeitslosigkeit aber nur sehr relativen Wert. Wie bereits bemerkt, handelt es sich hier um die Zahl der kontrollierten Arbeitslosen. Unberücksichtigt bleiben dabei die Hunderttausende, die sich keiner Kontrolle mehr unterziehen, die den vergeblichen Gang zum Arbeitsamt gar nicht mehr antreten, einmal weil sie von allen Unterstützungsarten bereits ausgeschlossen sind und nach der rückfichtslosen Anwendung der neuen Bestimmungen über die Bedürftigkeitsprüfung auch keine Aussicht mehr haben, jemals wieder unterstützt zu werden, oder weil sie des jahrelangen vergeblichen Wartens vor den Schaltern der Arbeitsämter müde geworden sind: Arbeit gibt es doch nicht. So kommt es, daß man den

amtlichen Angaben über die Höhe der Arbeitslosenzahlen nur sehr bedingt Glauben schenken darf, weil längst nicht alle Arbeitslosen von der Statistik erfasst werden. Die Armeedieser Richterfakten aber wächst dauernd, und man muß den amtlichen Zahlen schon noch annähernd 1 1/2 Millionen hinzurechnen, um ungefähr die richtige Ausdehnung der Massenarbeitslosigkeit beurteilen zu können. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man die ungefähre Zahl aller Arbeitslosen in Deutschland mit etwa 7 Millionen annimmt. Die Gesamt-

zahl aller Arbeitslosen in den Kulturstaaten wird auf fast 30 Millionen geschätzt. Eine graufige Zahl. Sie bedeutet, daß mit den Familienangehörigen über 100 Millionen Menschen hungern, weil die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung ihnen weder Brot noch Arbeit zu geben vermag. 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Und die Regierung Papen erwägt einen Arbeitsbeschaffungsplan, der für etwa 250 000 Menschen Arbeit bringen soll.

Staatsstreik wird von manchen erhofft, von den meisten Vaterlandsfreunden aber wohl gefürchtet. Diese Furcht vor der Sozialdemokratie und dem Staatsstreik hat den deutschen bankrotten Wirtschaftsführern ungezählte Millionen zur Subventionierung der Hitlerei gekostet. Den Professor Krämer hat die Beobachtung am empfindlichsten berührt, daß dem Arbeiter die Freude an seiner Tätigkeit genommen, ja diese ihm geradezu vererbt wurde. Das haben die bösen Gewerkschaften verursacht, nicht etwa die damals noch gefahrvollere und drehtigere Arbeit in der chemischen Industrie, die mörderisch lange Arbeitszeit bei niedrigem Lohn und die Rechtslosigkeit der Arbeiter gegenüber dem Aufsichts- und Antreiberpersonal. Abhilfe sollte der gelbe Werkverein schaffen.

# Unternehmerwünsche.

## Lohnsätze in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung.

Es war voranzusehen, daß die Unternehmer nach dem Stimmenzuwachs der Reaktion bei den Reichstagswahlen einen Vorstoß gegen die Tarif- und Lohnpolitik unternehmen würden. In der Tat melden sie bereits ihre Forderungen an. Als Vortrupp geht auch diesmal der Arbeitgeberverband Arbeit Nordwest energisch voran. Der Jahresbericht dieses Verbandes kann als eine Kampfschrift gegen die Gewerkschaften und die staatliche Lohnpolitik bezeichnet werden. Man geht in der Annahme nicht fehl, daß große Teile der organisierten Unternehmer hinter den Forderungen von Arbeit Nordwest stehen und sie zu verwirklichen bestrebt sind.

„Die staatliche Lohnpolitik“, so heißt es in dem Bericht, „blieb eine kurzfristige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich verfehlende Konsumtenpolitik. Eine Lohnpolitik, die in der Weise vom Staate unmittelbar selbst gemacht wird, daß der Staat über Schlichtungs- und Notverordnungspraxis die Löhne selbst festsetzt, kann nur kurzfristige Konsumtenpolitik und keine weitsehende Wirtschaftspolitik sein.“ Des ferneren wird ausgeführt, daß durch den Gedanken des Tarifvertrages der Wirtschaftlichkeit der Gewerbe wie der Betriebswirtschaftlichkeit in Form individueller Lohngestaltung nicht genügend Rechnung getragen sei. „Jeder Lohnabbau“, (wir zitieren nach der „Bergwerks-Zeitung“), „kam der Zeit nach zu spät und war der Methode nach zu schematisch und daher ungeeignet, als Anreiz zu neuer Wirtschaftstätigkeit zu dienen.“ Dann wird berechnet, daß die Löhne in der Eisenindustrie jetzt 77,6 Pf. je Stunde im Durchschnitt betragen gegen 53,5 Pf. vor dem Kriege. Das wäre eine untragbare Überhöhung. Man beachte, daß die Eisenunternehmer einen Durchschnittslohn von 77 Pf. für eine derartig schwere und harte Arbeit bei den heutigen Lebenshaltungskosten, die 21 v. H. über denen der Vorkriegszeit stehen, als überhöht bezeichnen.

Die Dinge seien nun an einem Punkt angelangt, wo nur eine grundlegende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelbaren Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat dieser Umstellung eine vollkommen neu orientierte Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge... Das ist möglich durch Zulassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraums innerhalb der laufenden Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschränkten Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit, die Unterführungsbezüge der

Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem der größte Teil der Arbeiterschaft infolge Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist, und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Die Arbeiterschaft muß verstehen, was hier gefordert wird. Arbeit Nordwest ist der Meinung, daß die Tarifverträge durch Werkverträge ersetzt werden sollen. Bestimmte Betriebe sollen das Recht erhalten, die Löhne so weit herunterzusetzen, daß sie dem Durchschnittssatz der Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Das wären etwa 30 bis 40 Mark je Monat. Wie ein Familienvater mit einem derartigen Satz auskommen soll, wird natürlich nicht gesagt. Eine solche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde die deutsche Arbeiterschaft in ein namenloses Elend versetzen. Doch was schert das diese Herren! Die Hauptsache ist, daß ihnen der Staat hilft, das Tarifgesetz zu beseitigen, damit eine derartige Lohnpolitik möglich ist. Es ist nicht notwendig, hierzu längere Ausführungen zu machen. Ein Sturm der deutschen Arbeiterschaft muß entfacht werden, wenn derartige Vorschläge in die Tat umgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus verlangen aber die Unternehmer der Eisenindustrie eine Neugestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichtsrecht bei den Tarifverträgen, eine Umwandlung der Gewerkschaften zu berufständischen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufständischer Gemeinschaftsarbeit usw. Große Opfer seien notwendig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Unternehmer der westdeutschen Eisenindustrie haben mit ihrer Denkschrift die Kasse aus dem Sack gelassen. Sie haben die Richtung aufgezeigt, die die Sozialpolitik der Zukunft nach ihren Wünschen zu nehmen hat. Wenn es möglich wäre, diese Forderungen der Unternehmer zu verwirklichen, dann wäre die deutsche Sozialpolitik um Jahrzehnte zurückgeworfen und die deutsche Arbeiterschaft die am schlechtesten bezahlte der ganzen Welt. Daß die deutsche Wirtschaft bei einem derartigen Lohnsystem vollständig zugrunde gehen müßte, dürfte jeder Laie einsehen. Wir sind davon überzeugt, daß dieses Signal zum Kampf vom gesamten deutschen Unternehmertum bald aufgenommen wird. Wenn die Gewerkschaften dann keinen ernsthaften Widerstand leisten können, dann ist die deutsche Arbeiterschaft in jeder Beziehung, sozial- wie lohn- und tarifpolitisch, um Jahrzehnte zurückgeworfen. Sie muß sich dann mit Löhnen zufrieden geben, wie sie vor 50 Jahren bestanden. Wer das nicht will, der trage Sorge dafür, daß die Gewerkschaften diese Vorstöße abzuwehren in der Lage sind.

Prof. Müller von der BWSF. in Ludwigshafen a. Rh. berichtete, daß sein Werkverein jetzt 4000 Mitglieder zählt. Er hat den Streikterror des Fabrikarbeiterverbandes gebrochen und ist während des Streiks im Vorjahre groß geworden. Prof. Müller führte aus, daß die Arbeitgeber den Arbeitervereinen noch teilweise mit Mißtrauen gegenüberstehen, weil sie der Ansicht sind, daß es schwieriger ist, sich die Freunde nicht über den Kopf wachsen zu lassen als die Feinde. Daran ist etwas Wahres. Der Arbeitgeber wird leichter geneigt sein, seinen ihm gutgefundenen Arbeiterkonzessionen zu machen, als den ihm feindlich gegenüberstehenden. Keine Freude genießt demnach die BWSF. an ihren Werkvereinen auch nicht. Beruhigend fügte Müller dann noch hinzu, daß es für einen erfahrenen Arbeitgeber aber wohl ein leichtes sein dürfte, die Befähigungen der Arbeitervereine in den richtigen Grenzen zu halten und sie richtig zu lenken und zu leiten.

Der bezahlte richtige Lenker hieß damals Morlock, über ihm stand der Sozialsekretär, ein abgetakelter Offizier der kaiserlichen Armee. Heute, wo alles großzügiger arbeitet, heißt der richtige Lenker (jetzt Ketter genannt) Adolf Hittler. Er kassiert aber auch ein Stück Geld. Chemiarbeiter, gebt deshalb acht! G. Haupt.

# Papier-Industrie

## Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Papierindustrie.

Der Zweck dieser Ausführungen ist eine einfache Registrierung der aus einigen Staaten gemeldeten Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

**Amerika.**  
Die Erzeugungsfähigkeit der nordamerikanischen Papierindustrie wurde nach M. C. Dobrow im Juli 1932 vom Jahre 1920 bis Ende 1930 um rund 62 v. H. erhöht. Nach amtlichen Ermittlungen betrug die Ausnützung der Betriebskapazität im ersten Vierteljahr 1932 nur noch 67 v. H.  
Der Beschäftigungsindex der gesamten amerikanischen Industrie fiel von 101,1 im Jahre 1929 auf 74,1 bis Ende 1931, dagegen der Produktionsindex von 121 im Oktober 1929 auf 67 im Dezember 1931. Von 1929 bis 1931 sank der Lohnsummenindex von 107,7 auf 66.

Nach Mitteilungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes war Ende März 1932 für rund 500 000 Arbeitnehmer die Fünftage-Arbeitswoche mit einer täglichen sechsstündigen Arbeitszeit durchgeführt. Darunter befinden sich nur wenige Papierfabriken.

**Deutschland.**  
Nach den jeweiligen Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung nahm die Entwicklung der Vollarbeiter folgenden Verlauf, wobei die Kurzarbeiter in Vollbeschäftigte umgerechnet wurden.

Zeitpunkt	Vollbeschäftigte in der Papierindustrie, und zwar: Papiererzeugung v. H.	Papierverarbeitung v. H.	Buchdruck v. H.
1. Januar 1930	90,4	82,9	87,6
1. Januar 1931	76,5	70,9	77,2
1. Januar 1932	64,4	55,8	63,7
1. Juli 1932	65,6	46,7	61,0

Die folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Zahl der in der deutschen Papierindustrie — nicht nur Papiererzeugung — beschäftigten Arbeitnehmer und der geleisteten Arbeitsstunden.

Jahr	Beschäftigte Arbeitnehmer	Geleistete Arbeitsstunden
1926	412 000	966 000 000
1927	457 000	1 092 000 000
1928	473 000	1 131 000 000
1929	463 000	1 101 000 000
1930	425 000	994 000 000
1931	397 000	882 000 000

Gemessen an der Zahl der Beschäftigten als auch der geleisteten Arbeitsstunden steht das Jahr 1928 an der Spitze. Von 1928 bis 1931 sank die Beschäftigtenzahl um rund 17 v. H. und die geleisteten Arbeitsstunden um 22 v. H. Trotzdem stieg nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung der Produktionswert je Arbeitsstunde von 3,12 Mk. im Jahre 1926 auf 3,43 Mk. im Jahre 1931.

**Frankreich.**  
Dieses Land gehört zu den wenigen Staaten, in denen die Wirtschaftskrise auf die Papiererzeugungsindustrie eine unbedeutende Wirkung ausübte. Nach den amtlichen Ermittlungen stand im Juni 1932 der Produktionsindex der Papiererzeugungsindustrie auf 130, wobei die Produktion von 1913 = 100 zugrundegelegt ist. Trotzdem wurde der französischen Kammer vor einigen Monaten ein Gesetzentwurf über die Einführung der Vierzigstundearbeitswoche vorgelegt, der ausdrücklich bestimmt, daß die Durchführung des Gesetzes „auf keinen Fall — gleichviel, ob der Arbeiter je Stück, Stunde, Tag, Woche Jahr oder auf Grund irgendeiner anderen Methode entlohnt wird — ein ausschlaggebender Grund für die Herabsetzung des Reallohns und Realverdienstes sein darf.“

**Großbritannien.**  
Die Ausnützung der Produktionskapazität in der englischen Zeitungsdruckpapierindustrie schwankte im Jahre 1931 in den einzelnen Betrieben zwischen 40 und 100 v. H. und betrug im Durchschnitt 73 v. H.

Die amtlichen Ermittlungen über die Arbeitslosigkeit ergaben folgendes Bild:

Zeitpunkt	Gesamtindustrie v. H.	Gesamtpapierindustrie v. H.	Papier- und Pappenindustrie v. H.
Juni 1932:			
Gesamtindustrie	22 v. H.		
Gesamtpapierindustrie		10 v. H.	
Papier- und Pappenindustrie			12 v. H.
Juni 1931:			
Gesamtpapierindustrie		11 v. H.	
Papier- und Pappenindustrie			13 v. H.

**Italien.**  
Die Ausnützung der Produktionskapazität in der Papiererzeugungsindustrie betrug nach amtlichen Ermittlungen im:  
April 1932 . . . . . 88,5 v. H.  
Mai 1932 . . . . . 87,4 v. H.  
Juni 1932 . . . . . 88,5 v. H.

# Die geplante Margarinesteuer — ein Frevel an der Volksgesundheit.

Zur Gesunderhaltung des menschlichen Körpers müssen ihm täglich etwa 3000 Wärmeinheiten zugeführt werden, dem Schwerarbeiter mehr, dem Geistesarbeiter weniger. Bei dem geringen Einkommen breiter Bevölkerungsschichten spielen deshalb billige und doch hochwertige Nahrungsmittel eine große Rolle. Die Margarine und das Schmalz sind die billigsten Fettquellen. Namentlich die Margarine ist ein Nahrungsmittel, das gesundheitlich einwandfrei beschaffen ist, vollwertiges Fett enthält und beinahe für die gleichen Zwecke wie Butter zu verwenden ist. Nun sind einflussreiche Kreise in Deutschland dabei, dieses wichtige Nahrungsmittel durch eine Steuer empfindlich zu verteuern. Was dies bedeutet, ist klar, wenn wir erkennen, wieviel 1000 Wärmeinheiten oder Kalorien in den verschiedenen fetthaltigen Nahrungsmitteln kosten (nach der Zeitschrift „Gesundheit“ Nr. 8):

1000 Kalorien kosten	
in Butter	40 Pf.
in Margarine	11 Pf.
in Palmöl	14 Pf.
in Schmalz	17 Pf.

Die aus Margarine, Palmöl und Schmalz gewonnenen Wärmeinheiten kosten also ganz erheblich weniger als die, die in der Butter enthalten sind. Die Gesundheit des Volkes ist zum gr. Teil auf diesen billigen Nahrungsmitteln aufgebaut. Trotzdem wollen die einflussreichen agrarischen Kreise diese billigen Nahrungsmittel durch Steuern bedeutend verteuern. Das ist ein Vorhaben, das von unheilvollem Einfluß auf die Volksgesundheit und auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sein muß und gegen das wir daher immer wieder mit aller Schärfe protestieren.

# Chemische Industrie

## Der 20. Jahren.

Die Übertreibung der Forderung der sogenannten Heilarbeit war eine Demagogie der Gewerkschaften bei der Regierung, die sich in den letzten Vorkriegsjahren in einer verzweifelten Spannung zwischen Arbeit und Kapital, letzteres

durch die Regierung in ihrem Vorgehen gestützt, bemerkbar machte. Zum Glück für die Unternehmer breitete sich in den Köpfen gerade der ruhigeren, älteren und gebildeteren Arbeiter nach Ansicht Goldschmidts die Erkenntnis aus, daß die gewerkschaftlichen Ziele nicht zu verwirklichen sind. Diese Leute setzten sich gegen den „Streikterror“ der Gewerkschaften und gegen die „Partei“ und „Gewerkschaftsfeuern“ zur Wehr und sammelten sich in den Werkvereinen, um dem unheilvollen Einfluß der Sozialdemokraten auf „unsere“ Arbeiter entgegenzutreten. Goldschmidt erkannte zwar die Gefahr, die aus den Werkvereinen den Unternehmern drohten. Er zerstreute aber die Bedenken seiner Zuhörer, denn in keinem Verein konnten die auftauchenden Forderungen durch geschickte Regie der vertrauenswürdigen Vereinsleiter stets auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. In seinem Betrieb war diese Vertrauensperson in dem Sozialsekretär Dr. Sperling gefunden, der dem Vereinsvorstand beratend zur Seite stand, ihm also vor die Nase gesetzt war.

Nach Goldschmidt bestanden damals in Deutschland 130 Werkvereine mit 100 000 Mitgliedern. Sie hatten sich im „Band deutscher Werkvereine“ zusammengeschlossen und bildeten dadurch einen Wall gegen die Gewerkschaften. Diese mußten im Jahre 1912 2 530 390 Mitglieder. Der gekaufte Schwund der Unternehmer erreichte also nicht ganz vier Prozent von den Gewerkschaftsmitgliedern. Goldschmidt gab dann zu, daß die Unternehmer den Werkvereinen zwar einen Kostensatz leisten; dieses brachte aber von den Arbeitern nicht als Abhängigkeit empfunden zu werden. (Siehe „geschickte Leitung“.) Die Hauptsache bleibe, daß wirkliche und vermeintliche Ursachen zu Klagen, die es in jedem Betrieb gibt, schmerzlos abgestellt würden, ohne daß eine agitatorische Ausnützung nach sozialdemokratischem Muster möglich sei. Dieser agitatorischen Ausnützung sollen nicht nur berechnete Beschwerden der Arbeiter über Mißstände im Betrieb, wie ungebührige Behandlung durch Vorgesetzte usw.; entzogen werden, sondern auch die „übertriebenen“ Angaben über die Gefahren in der chemischen Industrie. Die heutigen Zustände unter der Regierung Papen und dem Treiben der Nationalsozialisten hat Goldschmidt schon 1912 vorgeahnt, denn er weiß keine Antwort zu geben, was wir im Reiche anfangen sollen, wenn so fortschreitend die Sozialdemokratie einst die Mehrzahl der Sitze im Reichstag haben wird. An eine „Mauferung“ glaubt wohl heute kaum noch jemand. Die Organisation der sozialdemokratischen Partei ist auf den Radikalismus zugeschnitten, der schließlich auch noch immer gesiegt hat. Ein

**Österreich.**

Nach Mitteilung der Handelskammer in Klagenfurt wurde im Juni 1932 nur noch ein Drittel der früheren Holzstoffproduktion abgesetzt, die Lagerbestände enthalten fast die halbe Jahreserzeugung.

**Polen.**

Nach Mitteilung des sozialistischen „Robotnik“ lagen Anfang August 1932 in Polen sieben Betriebe der Papiererzeugungsindustrie vollkommen still, und in weiteren sechs Betrieben waren 9 Papiermaschinen außer Gang gesetzt. Fast in allen Betrieben wurden Entlassungen von Arbeitskräften vorgenommen.

**Schweiz.**

Die 28 in der Schweiz bestehenden Papier- und Kartonfabriken beschäftigten im ersten Vierteljahr 1931 durchschnittlich 4396 Arbeitnehmer. Diese Zahl sank bis zum 1. Vierteljahr 1932 auf 4007 oder um 7,5 v. H. In diesen Stützzeiten war kein einziger Betrieb voll beschäftigt. Im ersten Vierteljahr 1931 waren noch 8 Betriebe befriedigend und 20 Betriebe schlecht, dagegen 1932 nur noch ein Betrieb befriedigend und 27 Betriebe schlecht beschäftigt.

**Skandinavien.**

In der finnischen, norwegischen und schwedischen Zeitungsdruckpapierindustrie sind die Verhandlungen über die Einführung der Fünftage-Arbeitswoche gescheitert, so daß die Fabriken einzeln zu deren Einführung übergehen.

Die Sprengung des nordischen Holzstoffkartells hat die Produktion nicht zu heben vermocht.

Am wenigsten wirkt sich die Krise in der Zellstoffindustrie aus. Hier hat der Abwehrstreik der schwedischen Kollegen bis Mitte Juli 1932 einen Produktionsausfall von mindestens 440 000 Tonnen verursacht.

**Tschechoslowakei.**

Die 14 tschechoslowakischen Zellstoffabriken konnten im August 1932 ihre Produktion nur noch zu 65 v. H. der Betriebskapazität aufrechterhalten. In der Pappenindustrie beträgt die Betriebsausnutzung nur noch 60 v. H.

Der Exportrückgang von Seidenpapier um 80 v. H., von Pergamentpapier um 60 v. H., von Schreibpapier um 45 v. H., von Zigaretten- und Packpapier um je 30 v. H. bewies auch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Papierfabrikation, trotzdem die Zeitungsdruckpapierindustrie eine Ausfuhrsteigerung um 21 v. H. zu verzeichnen hat. Der Gesamt rückgang der Papierausfuhr betrug in den ersten vier Monaten des Jahres 1932 gegenüber dem Export in der gleichen Zeit des Vorjahres rund 20 v. H.

**Zukunftsaussichten.**

Die Schweizer Finanzzeitung „Finanz-Revue“ glaubt zu dieser Frage folgendes optimistische Urteil abgeben zu können:

„Wir können die pessimistischen Gedankengänge nicht mehr teilen, und zwar aus folgenden Gründen: Der Hooverbluff des Feiertages konnte die absteigende Konjunktur nicht verhindern, weil die Konjunktur eben nach den vorhergehenden Hauffeständen absteigen mußte. Über heute stehen wir in einer anderen weltwirtschaftlichen Konstellation, und auch ein Mißerfolg in Laufanne hätte das Ende der Krise um keine Woche hinausgeschoben. Es steht fest, daß flüssige Mittel nach Anlage geradezu schreien. Kurz und gut, die natürlichen Faktoren zur Beendigung der Krise sind am Werke.“

Der Tiefpunkt der Krise ist für jeden objektiven Beobachter aus rein wirtschaftlichen Gründen überwunden. Wer diese Symptome nicht sehen will, der schädigt sich selbst. Aber man bilde sich nur nicht ein, daß alle die Werte, die vor der Krise hochwertig waren, es wieder sein werden. Die Weltwirtschaft nach der Krise wird andere Machtfaktoren kennen als die Weltwirtschaft vor der Krise. Die Dinge wiederholen sich nicht, und jede Hochkonjunktur bringt neue Unternehmen in das Zentrum der Macht.“

In Deutschland ist von der Weltung dieser günstigen Wirtschaftsprognose noch nichts zu merken. Das Institut für Konjunkturforschung stellte für den Monat Juli 1932 sogar noch betäubt fest: „Es muß die Entwicklung des Arbeitsmarktes als im allgemeinen zu weiterem Anstieg der Arbeitslosigkeit neigend betrachtet werden“, denn „eine konjunkturelle Besserung liegt nicht vor.“

G. Stähler.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Die deutsche Olivwirtschaft im ersten Halbjahr 1932.**

Für die Erzeugung von pflanzlichen Ölen und Fetten bezieht die deutsche Pflanzöl-Industrie ihre Rohstoffe fast reiflos vom Auslande. Die Einfuhr von Ölsaaten und -früchten zeigt daher gleichzeitig, wie hoch die Rohstoffverarbeitung in der deutschen Olivindustrie war. Nachdem die deutsche Olivindustrie in der Verarbeitung von Rohstoffen in den Jahren 1920 bis 1929 ständig steigende Mengen verbraucht hatte, trat bei der Einfuhr von Ölsaaten und -früchten 1930 zum ersten Male ein Rückgang ein. 1931 erfolgte wiederum eine Zunahme, die aber nur für das erste Halbjahr anhält. Im zweiten Halbjahr 1931 ging die Einfuhr von Saaten wieder zurück. Dieser Rückgang hat auch im ersten Halbjahr 1932 angehalten. Aus dieser Tatsache könnte man schließen, daß jetzt in Deutschland weniger Öl verbraucht wird als in den früheren Jahren. Das trifft durchaus nicht zu, denn die Olivwirtschaft...

ist in den gleichen Jahren, in denen die Saateinfuhr gestunken ist, gestiegen. Daneben ist die Saateinfuhr aus Deutschland stark zurückgegangen. Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich Saateinfuhr, Öleinfuhr und Saateinfuhr in den ersten Halbjahren der letzten vier Jahre entwickelt haben:

Table with 5 columns: Year, Oil Import (1000 Mt), Seed Import (1000 Mt), Oil Export (1000 Mt), Seed Export (1000 Mt). Rows for 1929, 1930, 1931, 1932.

Die Einfuhr von Saaten ist also stark zurückgegangen. Sie betrug im ersten Halbjahr 1929 rund 13,57 Millionen Doppelzentner und im ersten Halbjahr 1932 rund 11,07 Millionen Doppelzentner. Der Rückgang beträgt also gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 2,5 Millionen Doppelzentner. Da die deutsche Olivindustrie fast ausschließlich ausländische Ölsaaten verarbeitet, ist die Verarbeitung an Rohstoffen im gleichen Umfange gestunken wie die Einfuhr von Saaten. Anders sehen die Dinge nun bei der Öleinfuhr aus. Diese betrug im ersten Halbjahr 1929 307 256 Doppelzentner, sie stieg im ersten Halbjahr 1930 auf 437 744 Doppelzentner, ging dann im ersten Halbjahr 1931 zurück...

**Das ist der Faschismus.**

„Die politische Herrschaftsorganisation des Faschismus in Italien ist die Faschistische Partei, deren Mitglieder Staatsbürger erster Klasse sind, allein das Recht nicht nur auf alle Staatsämter, sondern fast auf jede bezahlte Tätigkeit haben, deren Kinder nach dem Gesetz bei allen Freiplätzen und Stipendien bevorzugt werden müssen.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

**Solchen Klassenstaat wollen die Nazis nach italienischem Vorbild auch in Deutschland einrichten. So würde ihr „Drittes Reich“ aussehen.**

und betrug im ersten Halbjahr 1932 576 142 Doppelzentner, also annähernd das Doppelte wie im ersten Halbjahr 1929. Der starke Rückgang bei der Saateinfuhr ist also nicht darauf zurückzuführen, daß der Ölverbrauch in Deutschland zurückgegangen ist, aber an Stelle von Rohstoffen sind mehr Fertigprodukte eingeführt worden. Die in Deutschland benötigten Öle sind in weit größerem Umfange im Auslande hergestellt worden als früher. Wir haben im „Proletarier“ wiederholt, zuletzt in Nr. 28/1932, gefordert, daß die für die Saateinfuhr freigestellten Devisen nur zur Einfuhr von Saaten und nicht zur Einfuhr von Ölen benutzt werden dürfen. Diesem Vorschlag ist nicht Rechnung getragen worden. Die Folgen hiervon zeigt unsere Gegenüberstellung. Wir haben Öle statt Saaten eingeführt und die deutschen Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße.

Die Zusammenstellung zeigt aber auch noch etwas anderes. Die gegenwärtige Politik in Deutschland ist stark darauf ausgelegt, für Deutschland die Autarkie durchzuführen. Diese Bestrebungen werden von dem Ausland damit beantwortet, daß es deutsche Waren meidet. Das hat sich auch in der deutschen Olivwirtschaft ausgewirkt. Die deutsche Olivwirtschaft ist von annähernd 1 Million Doppelzentner im ersten Halbjahr 1929 auf rund 1/2 Million Doppelzentner im ersten Halbjahr 1932 zurückgegangen. Während also in früheren Jahren große Rohstoffmengen nach Deutschland gebracht, hier verarbeitet und dann in Form von Öl wieder ausgeführt wurden, ist das Verhältnis in letzter Zeit umgekehrt. Wir führen mehr Fertigprodukte ein und weniger aus und unsere Betriebe liegen still. So wirkt sich das Bestreben nach Autarkie für die deutsche Industrie aus.

Neben der Oliv- und Saateinfuhr spielt in der deutschen Fettwirtschaft, namentlich für die Margarine- und Speisefetterzeugung, die Transfetteinfuhr eine erhebliche Rolle, da Transfett immer mehr als Rohstoff für Speisefette verwendet wird. Stellen wir hier die Zahlen vom ersten Halbjahr 1931 und 1932 gegenüber, dann ergibt sich folgendes: Die Einfuhr von Fischtran aller Art sowie von Fischspeck betrug im ersten Halbjahr 1931 835 878 Doppelzentner. Im ersten Halbjahr 1932 betrug sie dagegen 997 721 Doppelzentner. Das ist eine Steigerung der Einfuhr um rund 162 000 Doppelzentner. Da Transfett in größerem Umfange zu Speisefetten verarbeitet wird, ist dem Öl durch diese Transfetteinfuhr eine höhere Konkurrenz entfallen. Dazu kommt, daß auch die Einfuhr von gehärtetem Fett sowie von Harttran im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 noch erheblich zugenommen hat. Die Ausfuhr von Fischtran und -speck ist allerdings im ersten Halbjahr 1932 ebenfalls höher als im ersten Halbjahr 1931. Diese Mehrausfuhr gleicht aber die starke Mehreinfuhr der gleichen Produkte lange nicht aus. Bei der Ausfuhr von Hartfetten ist im ersten Halbjahr 1932 sogar ein Rückgang um rund 7000 Doppelzentner zu verzeichnen. Wir können also das Ergebnis dahingehend zusammenfassen:

Die Einfuhr und mithin die Verarbeitung der Rohstoffe in der deutschen Olivindustrie ist im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem...

ersten Halbjahr 1931 um über 1 1/2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 beträgt der Rückgang sogar 2 1/2 Millionen Doppelzentner. Der Ölverbrauch ist in Deutschland aber nicht gestunken, im Gegenteil, er ist gestiegen. Der Ausfall bei der deutschen Produktion und der gesteigerte Verbrauch sind dadurch gedeckt, daß die Einfuhr an Ölen stark stieg und daß die Ausfuhr an Ölen stark zurückgegangen ist. Das erste Halbjahr 1932 brachte also in der deutschen Olivwirtschaft weniger Arbeit und erhebliche Mehreinfuhr von Fertigprodukten, dagegen aber eine starke Minderausfuhr von deutschen Erzeugnissen. Das ist das Ergebnis der gegenwärtigen Devisen- und Wirtschaftspolitik. Es wird Zeit, daß hier endlich eine Änderung eintritt.

E. Senkfeil.

**Verschiedene Industrien**

**Die Spielwarenindustrie im ersten Halbjahr 1932.**

Zu Beginn des Jahres ruhten die Fabrikation und der Export von Spielwaren fast vollständig. Vor den Weihnachtstagen 1931 wurden die Arbeiter der kleineren Fabriken und die in der Hausarbeit beschäftigten Personen fast durchweg arbeitslos. Auch die größeren Betriebe beschäftigten nur noch einen geringen Rest der früheren Belegschaften. Die Exporthäuser hatten ihr Handelsdienstpersonal und einen Teil der Angestellten entlassen. Die zurückgehaltenen Arbeitskräfte waren mit der Anfertigung neuer Muster zur Frühjahrsmesse 1932 beschäftigt. Für Spielschiffe und Osterartikel lagen nur kleine Aufträge vor. Die Wollwarenindustrie hatte mit Beendigung des Weihnachtsgeschäfts 1931 fast sämtliche Arbeitskräfte entlassen. In der Ohrdruffer Spielwaren-Industrie ruhte die Arbeit mit wenigen Ausnahmen in sämtlichen Betrieben. Der Geschäftsgang der Masken- und Karnevalindustrie in Südhthringen war gleichfalls schlecht. 80 v. H. der Facharbeiter waren arbeitslos. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der übrigen Puppen- und Spielwarenindustrie.

Der gezielte Zustand hielt bis Ende März an. Eine Ausnahme ist für die Rhön-Schnitzerei festzustellen. Da ist eine Besserung des amerikanischen Auslandsverkehrs eingetreten. Einige Betriebe haben auf Grund ihrer neuen Musterfassungen zufriedenstellende Aufträge und Anfragen erhalten. Die vor Weihnachten entlassenen Arbeitskräfte konnten im Monat Februar z. T. die Arbeit wieder aufnehmen. Auch die Spielwarenindustrie im Erzgebirge und in Südwestdeutschland hatte von Februar an eine geringe Besserung zu verzeichnen. Der Geschäftsgang in der Rhön und im Erzgebirge hält auch jetzt noch an.

Geringe Belegung der Industrie brachte die Leipziger Frühjahrsmesse in Stofftieren, Puppen und Altfragen. In der Christbaumindustrie setzte die Beschäftigung im Juni ein.

Der Außenhandel für Spielwaren und Christbaum schmuck entwickelte sich in den ersten sechs Monaten 1932 gegenüber 1931 wie folgt:

**Außenhandel in Spielwaren Januar/Juni 1931:**

Table with 6 columns: Month, Import (Menge, Wert), Export (Menge, Wert). Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni.

**Außenhandel in Spielwaren Januar/Juni 1932:**

Table with 6 columns: Month, Import (Menge, Wert), Export (Menge, Wert). Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni.

**Ausfuhr von Christbaum schmuck Januar/Juni 1931:**

Table with 6 columns: Month, Menge, Wert. Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni.

**Ausfuhr von Christbaum schmuck Januar/Juni 1932:**

Table with 6 columns: Month, Menge, Wert. Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni.

**Anilin**

**Roman von Fritz Molnar**

35. Fortsetzung.

Sie hatten nicht unrecht. Schon manches große Gebilde ist an seinen inneren Widerprüchen, an der bürokratischen Überorganisation zugrunde gegangen. In der kapitalistischen Wirtschaft wird aber schon erst recht nichts von Bestand sein. Der Profit und sein Hegegeist, das Mißtrauen, wühlten sich mitten durch das Gefüge, und die Massen des kapitalistischen Zirkuszeltes, in dem der Reichtum, der Luxus, das Glend, die Not, Krieg, Zwietracht, Haß, Anarchie und Revolution ihren Kampf gegeneinander fechten.

Peter Goshler wurde mit Fragen bedrängt, ob der Arbeiterrat noch nichts wisse, ob und wann eine Sitzung sei. „Wenn es nur endlich soweit wäre!“ sagte ein Kollege zu ihm. „Es erträgt sich leichter, weiß man, woran man ist!“

„Ich kann gar nichts sagen“, erklärte Peter, „der Arbeiterrat weiß noch von nichts.“

„Also, Peter, kommen tut was. Ich weiß, wenn es kommt, ist es zu spät für die, welche es betrifft. Aber so kann man es ja auch nicht aushalten“, versetzte der Mann.

Er hatte recht. Morgens bei Beginn der Arbeitszeit warteten die Arbeiter mit ängstlicher Sorge, ob die Entlassungen nicht beginnen. Keiner wußte, ob er abends nicht zum letzten Male seine Steckkarte abgeben wird. Das fortwährende Warten, diese beständige Furcht, mit einem bedauernden Achselzucken aus der Bahn seiner Existenz geworfen zu werden, das frisst und zehrt am Menschen. Die Arbeiter hatten keine Lust mehr zur Arbeit, verloren jedes Interesse daran. Alle Arbeit geschah unter dem Zwang der Antreiber, der Furcht vor Entlassung. Das sind unsichtbare Geißeln, mit denen die Seelen und Gehirne der Arbeiter gemartert werden. Niemand nimmt Notiz davon. Es hört sich so leicht an, wird kaum beachtet, wenn in der Zeitung steht: Entlassungen bei der Alfa, in der Elektro, den Bergwerken oder sonstwo. Und von der körperlichen Ausbeutung, der seelischen Sklaverei weiß die Öffentlichkeit schon gar nichts. Hoch und dick tagten die Mauern rund um die Fabrik, verbargen das moderne Sklaventum der Anilinproleten.

Die Fabrik stand wie ein riesiges Zuchthaus im Leben der Arbeiter. War morgens das Tor passiert, standen sie unter der scharfen Fabrikordnung. Nicht eine Minute Zeit hatten sie für sich selbst. Sie steckten in schmucklosen Anzügen, schweiften in...

dunklen, farbstaubigen, gasgefüllten Höhlen, atmeten die giftigen Dünste ein, alles war dunkel und lichtlos um sie herum. Abends schlepten sie ihre müden, hungrigen Körper mit den hoffnungslosen Seelen aus dem Fabrikator wie arme entlassene Sträflinge. Sie waren Gefangene eines schrankenlosen Profitstems, von diesem unter Zwang gestellt, verurteilt zu immerwährender Fron. Dennoch sorgten und grämten sie sich, wollten um keinen Preis aus diesem Zuchthaus heraus, weil sie dann ihre erbärmliche Existenz verloren, die sie selbst, ihre Frauen und Kinder vor dem Verhungern schützte. Das ist das Grausame, Entsetzliche an dem aufgezwungenen Schicksal der modernen Industriearbeiterschaft. Das ist die Kulturkathedra der kapitalistischen Profitwirtschaft, von der einst die Geschichte nur noch mit grenzenloser Verachtung sprechen wird. Und das ist das namenlose Opfer, das diese Arbeiterschaft bringt, aus welchem dereinst eine bessere und gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geboren wird.

Wenige Wochen nachdem die ganz große Kommission die Fabrik besichtigt hatte, begannen die Entlassungen. Nicht auf einmal, sondern nach und nach, tropfenweise, damit die Öffentlichkeit nicht erschreckte. Traurig und mutlos vertiefte die Betroffenen die Fabrik, voll Jörn, Gram und Verzweiflung. Die bleiben durften, kämpften von einem Tag zum andern, legten sich wie schwere Ackerpferde in die Zügel der Arbeit, taten alles, damit ja kein Grund zur Entlassung gefunden werden konnte. Auch von den Frauen erhielt eine ganze Anzahl die Papiere.

Greta Warmuth kam eines Abends weinend zu ihrer Freundin Sanny: „Sie haben mich fortgeschickt, was soll jetzt werden?“ schluchzte das arme Ding.

Ihre ganze Zukunft war vernichtet. Arbeit würde sie unter den bestehenden Verhältnissen kaum finden. Jam Weiraten kam sie auch nicht. Wer nimmt denn ein armes, allerdees, dazu noch krankliches Mädchen zur Frau? Sie teilte das Schicksal so vieler Frauen nach dem Kriege, die in ungestillter Sehnsucht nach Liebe und Glück sich vergebten. Auf ihr lastete das Unrecht der Entlassung doppelt, da sie ihre alte Mutter ernähren mußte.

„Es wird sich schon wieder etwas finden“, tröstete Sanny. „Schon, uns geht es ja auch nicht besser. Wir warten schon über zwei Jahre auf eine Wohnung. Heutzutage hat keiner eine feste Existenz.“

„Ich möchte bloß mal wissen, was die vorhaben. Die können ihr Geld doch gar nicht verleben. Was machen die nur mit dem vielen Geld? Die wissen nicht, wie es den armen Leuten geht. Man meint grad, sie müßten einmal oenna haben“ lachte die alte...

Frau Lutenus bekümmert. Ihr Verstand vermochte es nicht zu fassen, was da in der Fabrik vorging.

„Ach, Mutter!“ erwiderte Sanny. „Freilich können die Fabrikherren das Geld nicht alle für sich verwenden. Die wissen auch, daß eine Arbeiterfamilie von 25 Mark in der Woche nicht leben kann. Aber das liegt nicht so sehr an dem einzelnen Kapitalisten, das liegt am System. Die kapitalistische Wirtschaft ist eine Profitwirtschaft, ist aufgebaut auf Besitz und Besitzlosigkeit. Je mehr Besitz sich in Händen weniger zusammenballt, desto mehr Macht bedeutet das für sie. Je besitzloser aber die Masse ist, desto ohnmächtiger ist sie, desto unterwürfiger, unfertiger dient sie dem Besitze.“

„Richtig, Sanny!“ stimmte ihr Bräutigam, der junge Goshler, zu. „Unser ganzes heutiges Glend wurzelt im System. Alle Fragen, welche dieses System uns stellt, sind Nachfragen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird die Macht aber mit Geld gewogen. Das ist die Ursache, warum wir so elende Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Diese Gesellschaft lebt vom Profit und sitzt am Profit. Geld ist Macht! Wie oft hat die Arbeiterklasse das schon an sich selbst verspürt. Also müssen die Kapitalisten möglichst viel Geld in ihren Konzernern, Trusten, Interessengemeinschaften und Kartellen vereinigen. Folglich muß den Arbeitern möglichst wenig Geld in die Hand gegeben werden. Grad soviel, daß ihre Arbeitskraft erhalten bleibt, nicht mehr. Sonst könnten sie schließlich selbst Kapital bilden und es in eigenen Instituten und Unternehmungen anlegen, gegen das Kapital in seiner heutigen Form. Außerdem kalkulieren die Kapitalisten, je ärmer, hungrier, uneiniger die Arbeiterschaft gehalten wird, desto schwerer findet sie die Kraft, aus der Tiefe emporzusteigen, sich zu sammeln, gegen ihre Unterdrücker zu marschieren. Eine gut genährte, anständig gekleidete, gesund wohnende Arbeiterschaft wird geistig, sittlich und moralisch viel höher stehen und dadurch die Kraft gewinnen, das Sklaventum der Prozentpatrioten von sich abzuschütteln. Heute lebt diese Gesellschaft von der Glendstheorie. Wir vegetieren mit unseren elenden Löhnen dahin, und die anderen mästen sich. Daß sie das ganze Geld nicht für sich selbst verbrauchen können, trotz allem Luxus, aller Genußsucht, Verschwendung und Prasserei, wissen sie. Und daß wir hungern, wissen sie auch und finden alles schon in Ordnung. Sobald diese göttgewollte Ordnung gestört wird, sobald die Hungernden aufmucken, werden die Satten wutartig, nennen es Anarchie, Volkswirtschaft und was sonst noch.“

(Fortsetzung folgt)

# Rundfunkhörer der Eisernen Front!

Wenige Wochen nationalstiller Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem hilflosen Verdummungsmittel werden zu lassen. Die Nationalsozialisten, die ausgenutzt, den Rundfunk zum „Kulturinstrument“ zu gestalten, bilden ihn um zur Schimpftribüne. Unter der Freiherren-Parole „Ausmerzungen aller unheimlichen fremden Einflüsse“ wird der gesamte Rundfunk gegen den Willen der werktätigen Hörer umorganisiert. Die Vertreter eines freien Volkswirtschafts sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Man will unter sich sein.

Kein aufrechter Republikaner, kein Sozialist, kein Gewerkschafter, kein Arbeiterpartei, kein Freidenker, kein Arbeiterdichter, kein Arbeiterkämpfer soll mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon. Das verstehen die Nationalsozialisten unter „Deutsch der Rundfunk!“

Rundfunkhörer, wollt Ihr Euch das für Eure Rundfunkgebühren weiter gefallen lassen? Nein! Aber wilde Hörerstreiks sind wertlos, daher schädlich und abzulehnen. Die berechnete Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedachten Abmeldung vom Rundfunk führen. Sie muß vielmehr die Stärkung der

Front werktätiger Rundfunkhörer dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk, für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörerschaft für eine dem werktätigen Volke würdige Rundfunkgestaltung!

Hier abtrennen und in 4-Pf.-Umschlag an Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, c. D., Berlin SW 61, Gieschiner Straße 93, einpenden.

Ich bin bereit, die vom Arbeiter-Radio-Bund im Rahmen der Eisernen Front zu treffenden Kampfmaßnahmen zu unterstützen, und erkläre meinen Anschluß an die Front werktätiger Rundfunkhörer beim Arbeiter-Radio-Bund.

Name:  
Wohnort:  
Straße:  
Leser welcher Funkzeitschrift:  
Bitte leserlich ausfüllen. Ein Beitrag wird von dem einzelnen Rundfunkhörer, der sich der Front werktätiger Rundfunkhörer anschließt, nicht erhoben.

Die Außenhandelszusammenstellung über die Spielwarenindustrie und die Ausführungsgegenstände über die Christbaumindustrie zeigen ein weiteres Zurückgehen der Arbeitsmöglichkeiten. Wie die Einfuhr, so ist auch die Ausfuhr in der Spielwarenindustrie wert- und mengenmäßig zurückgegangen. In der Christbaumindustrie hat sich zwar die Ausfuhr mengenmäßig 1932 gegenüber 1931 erhöht. Wertmäßig ist sie aber unter 1931 geblieben.

Vergleiche mit den Jahren 1929 und 1930 zeigen noch deutlicher das scharfe Abfallen des Außenhandels auf. So sind z. B. Januar/Juni 1929 = 4400 Doppelzentner im Werte von 1 900 000 Mark eingeführt worden. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 429 Mk. Im Jahre 1930 hingegen betrug die Einfuhr nur noch 1942 Doppelzentner im Werte von 631 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 307 Mk. Ein Vergleich 1932 mit 1929 zeigt, daß die Einfuhr an Spielwaren mengenmäßig um rund 1/2 und wertmäßig um rund 1/3 zurückgegangen ist.

Die Ausfuhr von Spielwaren betrug 1929 = 138 386 Doppelzentner im Werte von 34 463 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 248 Mk. 1930 hingegen war die Ausfuhr nur noch 126 339 Doppelzentner im Werte von 29 237 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 229 Mk. Ein Vergleich der Ausfuhrzahlen von 1932 mit denen der vorhergehenden Jahre zeigt von 1929 an ein stetiges Abfallen, so daß festgestellt werden kann, daß die Ausfuhr von Spielwaren von 1929 an bis Juni 1932 mengenmäßig um rund die Hälfte und wertmäßig um rund 2/3 gesunken ist.

Die Ausfuhr in der Christbaumindustrie betrug 1929 = 5957 Doppelzentner im Werte von 1 454 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 297 Mk. 1930 ist die Ausfuhr auf 4315 Doppelzentner im Werte von 1 084 000 Mk. gesunken. Der Doppelzentnerdurchschnittswert hatte sich allerdings auf 353 Mk. erhöht. Auch hier ist festzustellen, daß seit 1929 die Ausfuhr von Christbaumindustrie ganz gewaltig gesunken ist. Ein Vergleich der ersten sechs Monate 1932 mit derselben Zeitperiode 1929 zeigt, daß mengenmäßig die Ausfuhr von Christbaumindustrie auf 25 v. H. der Ausfuhr von 1929 gesunken ist. Die wertmäßige Senkung beträgt ebenfalls 25 v. H.

Der Entwicklungsgang von 1929 bis jetzt zeigt einen Teil der Notentwicklung, insbesondere in den Heimarbeitersphären, auf. Infolge des Zurückgehens der Ausfuhr erhöhte sich die Nachfrage nach Arbeit. Unverantwortliche politische Elemente predigen den Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden seit Jahr und Tag, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könne, wenn die Arbeit billiger geleistet würde. Lohndruck und Lohnunterbietung stehen ein. In vielen Fällen werden Stundenlöhne zwischen 10 und 20 Pf., insbesondere in der Hausarbeit, gezahlt. S. Elfein.

## Frauenfragen.

### Die Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften sind nach dem Bericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1931 um etwa 580 000 oder 12,3 v. H. zurückgegangen. Selbstverständlich ist der Anteil der Frauen an der allgemeinen Mitgliederzahl ebenfalls von diesem Abwärtstrend betroffen worden.

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder im Jahresdurchschnitt 1930 betrug 617 968 gegen 684 978 im Jahre 1929. Sie ist gegen das Vorjahr um 67 010, also um nicht ganz 10 Prozent, zurückgegangen.

Nur vier Verbände von insgesamt 30 haben keine weiblichen Mitglieder. Es sind die Verbände der Buchdrucker, Kupferstecher, Schmiedefeger und Zimmerer, also Organisationen für Berufe, in denen Frauenarbeit nicht üblich ist.

In fünf Verbänden, und zwar in den Verbänden der Buchbinder, graphischen Hilfsarbeiter, Sattler, Tabakarbeiter und Textilarbeiter, überwiegen die weiblichen Mitglieder. Im Textilarbeiter-Verband sind von 261 763 Mitgliedern 146 546 weibliche, im Tabakarbeiter-Verband von 66 877 Mitgliedern 52 089, im Verband der graphischen Hilfsarbeiter von 37 001 Mitgliedern 22 852 und im Buchbinder-Verband sind von 51 953 Mitgliedern 30 747 weibliche Mitglieder. In diesen genannten Organisationen übertrifft die Zahl der Arbeiterinnen weitens die der Arbeiter.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Fabrikarbeiterverband beträgt nach der Statistik des ADGB. 77 792 von 413 477 insgesamt.

### Frauen im neuen Reichstag.

Durch die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland nach 1918 erhielt die Frau zum erstenmal staatspolitische Rechte. Die Frauen haben in den 13 Jahren zum großen Teil zwar verstanden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. In den Parlamenten haben sie sich vielfach als geschickte Vertreterinnen der Frauenrechte Geltung verschafft. Die neuere politische Entwicklung ist aber geradezu frauenfeindlich gestimmt. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Aufstellung von Kandidaten zu den Reichs- und Landtagswahlen. Von den 608 Abgeordneten zum deutschen Reichstag sind nur 36 Frauen. Davon haben die Sozialdemokraten 15, die Kommunisten 10, das Zentrum 6, die Deutschnationalen 3, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei je 1. Die Nationalsozialisten haben ihren Grundsätzen gemäß, daß die Frau wideren Rechts ist und sich nur um den Haushalt zu kümmern habe, keine Frau als Kandidatin aufgestellt. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß diese frauenfeindliche Partei zahlreiche Frauenstimmen bei den letzten Wahlen bekommen hat. Obwohl in Deutschland die Frauenstimmen die Männerstimmen um zwei Millionen übersteigen, befinden sich unter den Abgeordneten des deutschen Reichstages noch nicht 6 v. H. Frauen.

## Jugendbewegung.

### Die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Nachdem am 16. Juli die Verordnung der deutschen Regierung über den freiwilligen Arbeitsdienst und am 2. August die Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben worden sind, läßt sich nun feststellen, welche Bedeutung der Arbeitsdienst für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — besonders unter den Jünger — zu — hat und inwieweit prinzipiellen Forderungen der Arbeiterklasse Rechnung getragen ist.

Was die Hauptforderung der Gewerkschaften betrifft, nämlich daß der Arbeitsdienst freiwillig sein muß, so hat die Regierung diese Freiwilligkeit ausdrücklich garantiert. Gleichzeitig ist jedoch — als Trost für die Vertreter des obligatorischen Arbeitsdienstes — dem Leiter des Arbeitsdienstes der Auftrag erteilt worden, aber keine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erlassen.

Die für die Bekämpfung des Arbeitsmarktes und somit für die Lebensinteressen der Gesamtbevölkerung so wichtige

Forderung, wonach die durchzuführenden Arbeiten nicht zur Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen dürfen, ist von der Regierung insofern berücksichtigt worden, als bestimmt wird, daß diese Arbeiten „gemeinnützig und zufällig sein müssen“. Schon jetzt stellen jedoch die Gewerkschaften fest — und rechtfertigen damit ihre Skepsis gegenüber der ganzen Organisation des Arbeitsdienstes —, daß diese Beschränkung von vornherein dadurch aufgehoben wird, daß auch auf Erwerb gerichtete Unternehmungen zur Beschäftigung von Arbeitsdienstwilligen zugelassen sein dürfen, wenn die „Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen.“

„In steigendem Maße“, so sagt die „Gewerkschaftszeitung“, „machen wir die Erfahrungen, daß diese Deklaration schon heute alle möglichen Arbeitsdienstobjekte deckt, die glatt auf persönliche Vorteile privater Unternehmungen gerichtet sind. Unter dem Stichwort, daß die Bodenverbesserung, Meliorationen und dergleichen der Allgemeinheit zugute kommen, werden heute schon weite Kreise der Landwirtschaft dadurch subventioniert, daß ihnen der freiwillige Arbeitsdienst kostenlos zur Verfügung gestellt wird. In diesem Umfang wird auch die neue Verordnung demnach nichts ändern. Schon heute werden zahlreiche Arbeiten im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes zu Löhnen durchgeführt, die an die Löhne der indischen und chinesischen Kulis erinnern, obwohl diese Arbeiten durchaus notwendig sind und den freien Arbeitsmarkt befruchten könnten.“

Es zeigt sich also immer wieder, daß gewisse Kreise auch aus der größten allgemeinen Not persönliche Gewinne zu ziehen und den ursprünglichen Sinn der Regierungsmaßnahmen ins Gegenteil zu verkehren verstehen.

Über das Hauptziel des Arbeitsdienstes, die Beschäftigung Jugendlicher, läßt sich folgendes sagen:

Insgesamt gibt es mehr als 900 000 jugendliche Erwerbslose. Die im gegenwärtigen Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel belaufen sich auf 55 Millionen Mark. 20 Millionen müssen die Erwerbstätigen durch die sogenannte Beschäftigungssteuer aufbringen, 20 Millionen Mark kommen aus dem Reichshaushalt und 15 Millionen Mark muß die Reichsanstalt für die Sozialversicherung beisteuern. Diese 55 Millionen Mark ermöglichen — bei zwei Mark Kosten je Tag — etwa 30 Millionen Tagewerke, d. h. die Beschäftigung von durchschnittlich 200 000 Arbeitsdienstwilligen. Bis jetzt, d. h. von Anfang Juli bis Anfang August, ist die Zahl der beschäftigten Arbeitsdienstwilligen von 70 000 auf etwa 95 000 gestiegen. Nach den Absichten des Reichskommissars für den Arbeitsdienst soll die Zahl der Arbeitsdienstwilligen innerhalb kürzester Frist, und zwar noch vor Eintritt des Winters, zunächst auf rund 200 000 gesteigert werden. Die Beschäftigungsdauer beträgt vorläufig 20 Wochen im Laufe von zwei Jahren.

Die wichtigste Bestimmung der neuen Verordnung ist wohl die, daß der Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes sehr weit gesteckt wird. Grundsätzlich wird jeder junge Deutsche, ohne Begrenzung auf ein bestimmtes Alter, zum Arbeitsdienst zugelassen. Die Zulassung ist nicht vom Bezug oder Anspruch auf Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung abhängig. Bevorzugt werden jedoch solche Arbeitsdienstwillige, die unter 25 Jahre alt sind und in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge oder als Wohlfahrts-erwerbslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden. Es können aber in Zukunft auch Jugendliche, die überhaupt noch keine Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung erworben haben, und auch solche, die überhaupt noch nicht erwerbstätig waren, zum Arbeitsdienst zugelassen werden. Eine weitere wichtige Renierung ist die, wonach eine Anrechnung der im Arbeitsdienst verbrachten Zeit auf den Unterhaltungsanspruch bei einer späteren Arbeitslosigkeit nicht mehr in Betracht kommt. Während der Beteiligung am Arbeitsdienst ruht der Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützungsanspruch und nach Austritt aus dem Arbeitsdienst tritt der Erwerbslose in seine früher erworbenen Ansprüche wieder ein.

Die Hauptgefahr der Beschäftigung der Jugendlichen im freiwilligen Arbeitsdienst liegt aber in dem militärischen Geist, der die ganze Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes bedroht. Die Gewerkschaften müssen dieser Gefahr höchste Beachtung widmen, damit nicht anstatt der freien, klassenbewußten proletarischen Jugend (denn um diese handelt es sich wohl in der Hauptsache) durch den freiwilligen Arbeitsdienst eine im militärisch-chauvinistischen Sinne gedrückte Jugend entsteht, die dann ein willenloses Werkzeug in der Hand der Reaktionen aller Schattierungen ist.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Waldenburg. Hermann Bunke f. Breslau ereilt uns die Nachricht, daß dort Genosse Hermann Bunke gestorben ist. Mit dem Tode des Genossen Bunke wird die Erinnerung an ein Stück Kampf der ungeliebten Arbeiterschaft, besonders in den Kreisen Striegau und Schweidnitz, wieder lebendig. Er war es, der in der Wärfenindustrie in Striegau und in den anderen zum Organisationsgebiet des Fabrikarbeiter-Verbandes gehörenden Betrieben, wie Chemie-, Zucker-, feuerfeste und Ziegelindustrie, den Grundstein für die Bewegung mit legen half. Unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen hat sich die Organisation in der Vorkriegszeit stetig aufwärts entwickelt. Das wäre ohne Männer vom Schlage Bunkes nicht möglich gewesen. Bekämpft vom Staatsapparat, gehaßt und verfolgt vom Unternehmertum, dazu immer im Kampfe mit der mangelnden Erkenntnis eines Teils der Arbeiterschaft, verstand er, allen Gewalten zum Trotz sich durchzusetzen. Das Vertrauen seiner Kollegen betraf Hermann Bunke bald in leitende Funktionen, die er stets zur vollsten Zufriedenheit erledigte. Im Jahre 1910 wurde er als Geschäftsführer der damaligen Zahlstelle Striegau-Saarau angestellt. Nach dem Kriege war Kollege Bunke in Saarau und nach der Verschmelzung mit den keramischen Verbänden in Waldenburg als zweiter Bevollmächtigter tätig. Seine durch die aufreibende Tätigkeit im Dienste der Organisation, besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit, geschwächte Gesundheit führte zu seiner Pensionierung im Januar 1930. Kurze Zeit nur konnte er sich der wohlverdienten Ruhe erfreuen. Wir werden sein Werk fortsetzen. Die Straffe, von ihm mitgeschaffene Organisation des Bezirks, gestützt auf eine geschulte, aufgeklärte Mitgliedschaft, sorgt dafür, daß auch in Zukunft der Weiteraufstieg der Fabrikarbeiterschaft in materieller und geistiger Hinsicht gewährleistet wird.

## Rundschau.

### Hitlers Kameraden.

Adolf Hitler sandte an die fünf Mörder, die in Potempa (Schlesien) nachts in die Wohnung des Arbeiters Dietrich eindringen und den Wehrlosen durch brutale Mißhandlungen töteten, wofür die Mordgesellen durch das Weutheimer Sondergericht zum Tode verurteilt wurden, folgendes Sympathietelegramm:

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Blurteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Euer Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Hitler muß es ja schließlich wissen, warum er die Mörder von Potempa seine Kameraden nennt. Seiner beschworenen Legalität tut auch dieses Telegramm keinen Abbruch, wie manche Behörde meint.

## Verbandsnachrichten.

### Verbandschule in Wennigsen.

Auf unsere Ausschreibung betr. Bewerbung zur Teilnahme an den Schulungskursen in Wennigsen sind 221 Bewerbungen eingegangen.

Da wir in diesem Jahre nur noch drei Kurse abhalten, konnte leider nur die Hälfte der Gesuche berücksichtigt werden.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die bisher eine Einladung zu einem Kursus nicht erhalten haben, mußten zurückgestellt werden.

Wir geben den Bewerbern auf diesem Wege hiervon Kenntnis. Der Hauptvorstand.

### Keine Lokalgeschenke mehr.

Die Zahlstelle Heiligenstadt gibt bis auf weiteres an durchreisende Kollegen keine Lokalgeschenke mehr.

### Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Seruburg: Otto Zilinsky, Buch-Nr. 993 664; Otto Weidemann, Buch-Nr. S II 614 345; Paul Weigelt, Buch-Nr. 1 180 592.

### Literarisches.

Die Verjüngung der Arbeitslosen nach dem neuen Stand der Gesetzgebung. Von Franz Epliedt und Dr. Bruno Broder. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 62 Seiten. Preis 4 Pf. Organisationspreis 30 Pf. Die beiden Verfasser, bekannt als Kommentatoren des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, beide auch Mitglieder des Vorstandes der Reichsanstalt, haben in einer populären Darstellung die gesamten in Frage kommenden Vorschriften zusammenhängend dargestellt. Behandelt werden: die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge, die Krankenversicherung der Arbeitslosen, das Unterhaltungsverfahren, die öffentliche Fürsorge, die Kurzarbeiterunterstützung, die Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der freiwillige Arbeitsdienst und die Pflichtarbeit. Ein Sachregister und viele Leitworte im Text ermöglichen einem jeden schnelle und sichere Orientierung.